

Arbeitskräfte als Schlüsselfaktor der Schweizer Wirtschaft

Schlüsselfaktor der Schweizer Wirtschaft sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Von ihren Fähigkeiten, ihrem Engagement und ihrer Kreativität hängt der Erfolg der Schweizer Unternehmen ab. Eine erfolgreiche Wachstumspolitik muss deshalb in erster Linie bei den Arbeitskräften ansetzen.

Ausbildung weiter fördern

Die Schweizer Wirtschaft ist insbesondere in innovativen und wertschöpfungsintensiven Produktbereichen ausgesprochen wettbewerbsfähig. Diese Position ist jedoch ohne eine entsprechend gute Ausbildung der Beschäftigten unmöglich zu halten. Für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz sind deshalb Aus- und Weiterbildungs-massnahmen existenziell. Obwohl in der jüngeren Vergangenheit verschiedene wichtige Massnahmen umgesetzt worden sind (z.B. Berufsmaturität, Fachhochschulen), ist der Handlungsbedarf nach wie vor gross. Die Unternehmen beklagen vermehrt einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Unter anderem fehlen Ingenieure und Informatiker sowie qualifiziertes Personal in den Gesundheitsberufen. 5000 Jugendliche fanden im vergangenen Jahr keine Lehrstelle, und 20 000 Jugendliche sind in einer Warteschlange.

Von den Weiterbildungs-massnahmen in den Betrieben profitieren vor allem Personen mit höherer Ausbildung, während bildungsfernere Schichten weitgehend ausgeschlossen sind. Auch die Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmende sind ungenügend; das Bildungsgefälle gegenüber den jüngeren hat sich in den letzten zehn Jahren sogar erhöht. Und wer Betreuungspflichten hat, kann sich wegen des Lohnausfalls und der Kosten der Lehrgänge oft gar keine Weiterbildung leisten.

Verbesserungen sind notwendig

Nach wie vor fehlen in der Schweiz 40 000 bis 100 000 Kinderbetreuungsplätze. Solange diese nicht geschaffen sind, können viele Frauen und einige Männer nicht in dem Masse berufstätig sein, wie sie es wünschen, und nützen somit ihre erworbenen Qualifikationen nur ungenügend aus. Das verstärkt gesamtwirtschaftlich gesehen den Mangel an Arbeitskräften.

Trotz vier Jahre dauerndem Aufschwung herrscht in der Schweiz eine grosse Unterbeschäftigung. Noch immer sind rund 160 000 Personen erwerbslos; davon ist ein Viertel 15 bis 24 Jahre alt. Dazu kommen 260 000 Teilzeitangestellte, die eine Stelle mit

einem grösseren Pensum suchen, und viele Erwerbstätige in prekären Anstellungsverhältnissen. Dies sind Spätfolgen der langen Krise der Neunzigerjahre. Für die Betroffenen sind das harte Schicksale, für die Schweizer Volkswirtschaft ist es eine Verschwendung von Ressourcen.

Die Schweiz leidet unter Engpässen in der Infrastruktur. Der öffentliche Verkehr ist in Agglomerationen während der Stosszeiten überlastet. In verschiedenen Regionen (Zürich, Genferseeregion) herrscht grosser Mangel an erschwinglichem Wohnraum – dies nicht zuletzt, weil sich die öffentliche Hand aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzieht.

Um die Leistungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft in Zukunft zu sichern, braucht es Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung und Infrastruktur. Auf Steuersenkungen ist zu verzichten. Diese kosten viel, bringen volkswirtschaftlich aber nichts, da die Schweiz im internationalen Vergleich bereits rekordtiefe Steuern hat. Ein Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer ist abzulehnen: Er verteuert Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, ohne entsprechenden Nutzen zu stiften. Gegen die Unterbeschäftigung müssen das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die Arbeitgeber eine Integrationsoffensive lancieren. Das entlastet auch die Sozialwerke.

Wachstum ist kein Selbstzweck

Die letzten Jahre zeigen: Ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes bedeutet nicht zwangsläufig einen höheren Wohlstand der Schweizer Bevölkerung. Trotz Aufschwung mussten viele Arbeitnehmende mehr und härter arbeiten, erhielten real aber kaum mehr Lohn. Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit nur in unbefriedigendem Ausmass ab. Wirtschaftswachstum ging in der Vergangenheit zudem einher mit einem steigenden Verbrauch an nicht-erneuerbaren Ressourcen und einem zunehmenden Schadstoffausstoss. Daran scheint sich bis heute wenig geändert zu haben. Für den Wohlstand der Bevölkerung ist es aber entscheidend, wie erstens die Früchte der höheren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verteilt werden und ob zweitens die Lebensgrundlagen auch längerfristig gesichert sind. Darum kann wirtschaftliches Wachstum per se kein politisches Ziel sein. ■



Daniel Lampart
Chefökonom des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern